Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 36 (1944)

Heft: 5

Artikel: Wege zur Vollbeschäftigung

Autor: Bachmann, Herbert

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-353157

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wege zur Vollbeschäftigung.

Von Herbert Bachmann.

« Die technischen Produktionsmöglichkeiten sind durch den Krieg so immens vergrössert worden, dass früher oder später wieder eine Disproportionalität zwischen dem Konsumgüter-Anfall und der Konsumkraft der Bevölkerung entstehen muss, wenn nicht rechtzeitig Gegenmassnahmen getroffen werden. » Diese zweifellos richtigen Worte stehen in den «Vorbemerkungen», mit denen Professor Fritz Marbach seine Schrift « Vollbeschäftigung. Der andere Weg » (Bern 1943) einleitet. Sie ist zum grösseren Teil der Kritik an der «Arbeitsbeschaffung» als Weg zur Vollbeschäftigung gewidmet, im Gegensatz zu ihr entwickelt der Verfasser dann seinen « anderen Weg », die zusätzliche Finanzierung des Konsums. Jene Kritik ist zutreffend, aber keineswegs neu, dieser « andere Weg » ist wohl neu, würde jedoch nur dann zum Ziel führen, wenn er überflüssig ist.

Arbeitsbeschaffung sei immer lediglich ein temporärer Notbehelf, sie beseitige das Missverhältnis zwischen Produktionskapazität und Nachfrage nicht dauernd, sie verschärfe es sogar noch, wenn die unternommenen Arbeiten nur einigermassen produktiv seien. Es kann hinzugefügt werden, dass produktiv schliesslich selbst solche Arbeiten sind, die unter ganz anderen Gesichtspunkten ausgewählt werden: Militärstrassen z. B. bewirken immer auch eine wirtschaftliche Verkehrserleichterung, Altstadt-Renovierungen, Ausgrabungen von vorgeschichtlichen Wohn- und Grabstätten schaffen neue Sehenswürdigkeiten und machen so den vorhandenen Konkurrenz. Man hat also allen Grund, nach einem « anderen Weg » zur Vollbeschäftigung zu suchen. Wir wollen den Marbachs näher betrachten.

Folgendes ist sein Gedankengang: « Die Schere zwischen der Produktionsmöglichkeit und der Aufnahmefähigkeit der Konsumentenschaft entsteht nicht etwa mangels legitimer Bedürfnisse, sondern einzig aus Mangel an Nachfrage, mangels der nötigen Kaufmittel. » (S. 30.) « Bei demjenigen Teil der Bevölkerung, der seiner ganzen Käuferstruktur nach gerne bereit wäre, Produkte aufzunehmen, wie sie im technischen Massenverfahren hergestellt werden, fehlen aber die nötigen Kaufmittel überhaupt. » (S. 49.) « Oberflächlich gesehen, braucht ein Staat mit unausgenutzten Produktionsanlagen und unausgenützten Arbeitern nur Konsumkraft zu schaffen, um der Krise Herr zu werden. » (S. 57.) « Er braucht den Bürgern nur mehr Geld in die Hand zu drücken, um die Arbeitslosigkeit zu vermindern. » (S. 58.) « Eingehender betrachtet ist der ... Satz ... nur dann richtig, wenn nicht der Staat das tut, sondern die Staaten ... Erst wenn im Staatensystem der Absatz direkt stimuliert wird, können die aus zu-

nehmender Nachfrage erforderlichen Mehrimporte durch Mehrexporte bezahlt werden, weil jetzt nicht nur im Lande A Nachfrage nach Waren der Länder B, C, D usw. entsteht, sondern in diesen Ländern auch Nachfrage nach Produkten des Landes A.» (S. 59.) «Die Mittel, die die Staaten zur Absatzförderung und damit zur Ermöglichung laufender Privatinvestitionen in Zeiten der Unterbeschäftigung ausgeben, werden sie ... künstlich schaffen, d. h. ... bei der Notenbank beziehen müssen.» (S. 62.) «Es ist für währungstheoretisch geschulte Leute kaum nötig zu sagen, dass eine abgewogene Schaffung zusätzlicher Konsumkraft zum Zwecke der Abschöpfung brachliegender Güter oder unausgenützter Kapazitäten unter der Voraussetzung der postulierten internationalen Regelung mit Inflation nicht das geringste zu tun hat ... Die Preise brauchen nicht zu steigen, wenn überschüssige Waren abgenommen oder unausgenutzte Kapazitäten ausgenützt werden.» (S. 63.)

Marbach setzt also sowohl gegenseitiges Begehren der gegenseitigen Produkte, wie auch beiderseitige Unterbeschäftigung voraus: Die Produzenten A sind unterbeschäftigt und begehren die Produkte B, die Produzenten B sind ebenfalls unterbeschäftigt und begehren die Produkte A. Diese beiden Annahmen sind aber nicht miteinander vereinbar. Denn wenn beide die gegenseitigen Produkte begehren und beide unterbeschäftigt sind, was sollte sie dann hindern, zu produzieren und ihre Produkte miteinander zu tauschen? Diese beiden Annahmen widersprechen auch Marbachs eigener anfänglicher Analyse, dass «die Schere nicht mangels Bedürfnisse, sondern einzig mangels Kaufkraft entsteht». Wenn die Produzenten der von mir begehrten Waren meine eigenen Produkte begehren und ich noch nicht vollbeschäftigt bin, fehlt es mir ja gewiss nicht an der Kaufkraft für jene Waren, ich brauche ja nur meine, von jenen begehrten Produkte herzustellen.

Es ist schade, dass Professor Marbach mit seiner grossen Erfahrung und weiten Kenntnis schweizerischer Verhältnisse seinen anderen Weg nicht an einem praktischen Beispiel erläutert. Er wäre dann sicher selbst auf die Unwirklichkeit seiner Annahmen gestossen. Wenn z. B. Unternehmer und Arbeitnehmer der schweizerischen Uhrenindustrie unterbeschäftigt sind und Kolonialprodukte (z. B. Baumwolle, Kaffee) begehren, und wenn gleichzeitig die Produzenten dieser Kolonialprodukte unterbeschäftigt sind und Schweizer Uhren begehren, dann haben ja beide die Kaufkraft für die Produkte der anderen und tauschen ganz von selbst ihre Produkte solange miteinander, bis die einen vollbeschäftigt sind und nur noch die anderen unterbeschäftigt bleiben, etwa die Uhrenindustrie, weil die Produzenten der Kolonialwaren, die gern Uhren haben möchten, ihre ganze Produktionskapazität bereits für Uhren und andere Dinge aufwenden, die ihnen wichtiger sind als weitere Uhren, so dass sie für diese eben keine Kaufkraft mehr haben. Gibt der Staat ihnen nun zusätzliche Geldmittel, so mögen sie wohl weitere Uhren dafür kaufen und so der Uhrenindustrie vermehrte

Beschäftigung geben. Aber wenn dann die Bevölkerung der Uhrenindustrie ihre neuen Einnahmen zum Kauf weiterer Kolonialprodukte oder anderer Waren vollbeschäftigter Wirtschaftszweige verwendet, bewirkt sie ein Steigen der Preise und nimmt die Kolonialprodukte oder anderen Waren jenen bisherigen Beziehern weg, die ihre Einkommen nicht entsprechend erhöhen können. Setzen diese aber die Einkommensanpassung durch, dann muss die Notenpresse ständig im gleichen Tempo wie die Mehrproduktion der Uhrenindustrie arbeiten, um deren Mehrbeschäftigung aufrechtzuerhalten, die Inflation würde also immer weitergehen. Allgemein ausgedrückt, bei beiderseitigem Begehren der gegenseitigen Produkte können nicht beiderlei Produzenten unterbeschäftigt sein, sondern nur die einen, und zusätzliche Konsumfinanzierung trifft dann nicht auf unausgenutzte Kapazitäten und muss somit Inflation bewirken.

Beiderlei Produzenten können nur dann unterbeschäftigt sein, wenn bloss die einen begehren, was die anderen erzeugen, diese aber nicht die Waren jener, und erst recht natürlich, wenn beide nicht die Produkte der anderen mögen. Mit zusätzlicher Kaufkraft ausgestattet würden sie dann auch nicht die Produkte der Unterbeschäftigten nachfragen, sondern die voll ausgenutzter Kapazitäten und also wiederum Inflation herbeiführen, im letzteren Fall sogar, ohne dass eine der beiden Produzentengruppen auch nur vorübergehend mehr Beschäftigung bekäme. « Der andere Weg » der zusätzlichen Konsumfinanzierung ist also entweder überflüssig oder ein Abweg in die Inflation. Wenn unbefriedigte «legitime» Bedürfnisse gestillt werden sollen, gibt es dafür kein Mittel, das niemandem weh tut, vielmehr muss man, was man den einen geben will, immer anderen wegnehmen oder als Last auferlegen, es ohne besonderes Entgelt zu schaffen.

Indes enthält der Gedankengang Marbachs eine richtige Idee: den Konsum der Unterbeschäftigten voll aufrechtzuerhalten. Wenn man es aus «zusätzlichen» Mitteln tut, ist Inflation die notwendige Folge. Man muss es daher aus Steuermitteln tun, auch in der Form von Arbeitslosenversicherungs-Prämien. Dann geschieht es zu Lasten der (konsumtiven oder produktiven) Ausgaben der Steuerzahler. Mit deren Opfer wird man dann am meisten Beschäftigung erhalten, wenn man es zur vollen Unterstützung der Erwerbslosen verwendet. Denn je mehr die Unterstützung der ersten Erwerbslosen hinter ihrem herkömmlichen Einkommen zurückbleibt, desto mehr bisher für die Erwerbslosen beschäftigte Unternehmer, Arbeitnehmer und Materiallieferanten werden unterbeschäftigt, auf desto mehr Erwerbslose muss sich die Unterstützung ausdehnen. In der Tat, je geringer die Unterstützung, desto mehr Erwerbslose hat man zu unterstützen. In jedem Fall muss man den vollen Betrag des herkömmlichen Einkommens der zuerst Erwerbslosen an Unterstützung aufwenden; ihn zur vollen Unterstützung der ursprünglichen Arbeitslosen auszugeben, bewahrt vor der Notwendigkeit, zusätzliche Erwerbslose zu unterstützen.

Die volle Unterstützung der zuerst Erwerbslosen würde sehr rasch auf den einzig möglichen Weg zur Vollbeschäftigung führen. Denn welcher Erwerbende wollte nicht auch einmal arbeitslos sein, wenn er gleichwohl sein volles Einkommen hätte? Alle Arbeitsfähigen werden dann die ausnutzbare Produktionskapazität gleichmässig untereinander teilen. An die Stelle des Nebeneinanders von so und so viel Arbeitszeit der einen und voller Arbeitslosigkeit der anderen tritt eine für alle gleich lange Arbeitszeit, natürlich kürzer als die der neben den Arbeitslosen Arbeitenden. Die Arbeitszeiten sind jetzt schon durch staatliche Eingriffe festgelegt. Es bedarf also keines neuen Staatseingriffs, er muss nur zweckmässiger gemacht werden. Das erfordert keinerlei neue finanzielle Lasten, die Löhne steigen um die wegfallende Unterstützung in Höhe des vollen herkömmlichen Einkommens der ursprünglichen Erwerbslosen. Das erfordert auch keine internationalen Abmachungen. Jedes Land muss ja ganz allein für seine Erwerbslosen sorgen, ob es das so oder so macht, ändert nicht im geringsten seine Produktionskosten. Nur durchaus vermeidbare Ungeschicklichkeiten in der Durchführung der Arbeitszeitverkürzung können Schwierigkeiten bringen. Der Sinn des Lebens ist es doch wohl nicht, es gewaltsam mit all den Waren vollzustopfen, die moderne Maschinen in einer traditionell bestimmten Arbeitszeit «erbrechen» können. Die rationale Bestimmung der Arbeitszeit befreit den technischen Fortschritt vom Fluch der Arbeitslosigkeit und verwandelt ihn in den Segen vermehrter Musse nach getaner Arbeit.

Es gibt sehr zu denken, wenn alle Welt von Vollbeschäftigung und Recht auf Arbeit spricht, aber niemand von der gleichmässigen Verteilung der Arbeitsmöglichkeiten auf alle Arbeitsfähigen. Wenn es Wissenschafter tun, liegt einfach ein Versagen vor. Denn die wissenschaftliche Vollständigkeit verlangt die Behandlung aller Elemente eines Problems, und zu dem der Vollbeschäftigung gehört die Arbeitszeit. In der vorliegenden Schrift ist von der Arbeitszeit in folgender Verbindung die Rede: «... das ... Schicksal aller grossen, menschheitsbewegenden Programmpunkte, der ideellen wie der materiellen, heissen sie Freiheit, Brüderlichkeit oder Achtstundentag.» (S. 9.) Will man wirklich eine bestimmte Stundenzahl von doch ganz historischer Relativität solchen absoluten «ewigen» Werten wie Freiheit und Brüderlichkeit an die Seite stellen? Würde nicht Gleichheit auch im Anteil an der zu leistenden Arbeit viel besser dazu passen? Schon ist man dazu gekommen, aus dem mit der religiösen Weihe göttlicher Einsetzung umgebenen 1 Ruhetag nach 6 Arbeitstagen 1½ Ruhetage nach 5½ Arbeitstagen zu machen. Soll der 8-Stunden-Tag heiliger sein?

In diesem Zusammenhang muss noch ein Irrtum Marbachs richtiggestellt werden. Um die Notwendigkeit eines «Bodensatzes von Beschäftigungslosigkeit» zu begründen, schreibt er (S. 15): «Zur Marktwirtschaft gehört auch der Arbeitsmarkt, welcher, wie jeder Markt, nur dann sinnvoll funktionieren kann, wenn eine

gewisse Elastizität von Angebot und Nachfrage vorhanden ist. Es gehört, über die Marktwirtschaft hinaus, zu den grundsätzlichen Voraussetzungen einer optimalen Produktionsleistung der Betriebe, dass notfalls auf eine Arbeitsreserve rückgegriffen werden kann.» Nun, die Elastizität der Märkte spielt mittels der Preise, höherer Lohn zieht Arbeit aus einer Beschäftigung in die andere, dazu bedarf es keiner Beschäftigungslosen, keiner «industriellen Reservearmee», und eine Arbeitsreserve im Notfall haben die Betriebe immer in der vorübergehenden Verlängerung der Arbeitszeit, in der Ueberarbeit der Beschäftigten. Je mehr auch durch Gesetz und Tarifvertrag Kündigungsfristen von mehreren Tagen, einer Woche und mehr eingeführt sind, desto weniger kann man noch von unvermeidlicher Arbeitslosigkeit bei Stellenwechsel sprechen. Vollbeschäftigung aller arbeitswilligen Arbeitsfähigen ist auf dem Wege der Anpassung der Arbeitszeit an den Arbeitsbedarf durchaus erreichbar, es ist nur eine Frage des guten Willens.

Vierter Weg: Bedarfsdeckungswirtschaft.

Wir entnehmen dem internationalen Informationsorgan «Planwirtschaftliche Korrespondenz» folgende Stellungnahme zur Broschüre «Vollbeschäftigung», von Prof. F. Marbach:

Welche Krisentherapie schlägt nun Prof. Marbach vor? Wo soll man, so fragt er, mit der Krisenbekämpfung ansetzen, beim Konsumgut oder Kapitalgut? «Durch diese Frage gelangt man zu einer Ueberprüfung der allzu lange herrschenden Theorie von der Investitionsförderung, verbunden eventuell mit Initialzündungsmassnahmen des Staates.» Er ist Gegner der Investitionstheorie und setzt sich entschieden für die «Konsumgutsmethode» ein.

Es wäre hier vor allem zu erwidern, dass schon die Fragestellung Konsumgut oder Kapitalgut als Massnahmen zur Krisenbekämpfung falsch ist. Es lässt sich nämlich keine Trennung zwischen dem produktiven und persönlichen Konsum herstellen. Zeiten der Prosperität sind immer Zeiten massenhafter Erneuerung des Produktionsapparates, und nur die starke Belebung der Produktionsmittelindustrie sichert den Absatz der Konsumgüterindustrie. Dies geht schon aus der einfachen Ueberlegung hervor, dass die Produktionsmittelindustrie den grössten Teil der Arbeiterschaft beschäftigt und auch bessere Löhne zahlt. Darum auch das Scheitern des New Deals-Experiments, als man versuchte, die Krisenbekämpfung beim Absatz der Konsumgüter anzusetzen.

Wie sollen doch die produzierten Güter verkauft werden und wie soll eine «tendenzielle Vollbeschäftigung» erreicht werden? Sollen etwa die Löhne erhöht werden? Bilden doch die Werktätigen die grosse Masse der Verbraucher, und ihr Konsum fällt für die Volkswirtschaft ausschlaggebend ins Gewicht.